

20. Juli 2026

PRESSEMITTEILUNG

MU Mitgliederbefragung

CSU Mittelstand fordert Politikwechsel, und Mut für echte Reformen!

Erlangen – Wir mussten erleben, dass nach 14 Monaten nach Regierungsübernahme die neue Bundesregierung sich anschickt endlich Reformen auf den Weg zu bringen, sagt der MU Vorsitzende Robert Pfeffer. Gleichzeitig müssen wir auch erleben, so Pfeffer, dass Teile des Mittelstands sich frustriert von der Union abwenden, wie der bedeutende MIT (Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU) Landesverband Baden-Württemberg, und auch bei uns in Franken der MU Kreisverband Hof.

Markenkern MU ist es zu allen Themen stets sachorientiert und rational zu diskutieren. Daher befragte die MU in gewohnter Tradition ihre Mitglieder.

Die Mittelständler sind offensichtlich immun gegen etwaige Meinungsmache: 93% gaben zu Protokoll, dass dieser Staat seine Ausgaben nicht im Griff hat. Dieser Staat hat kein Problem auf der Einnahmen Seite. Dokumentiert durch Rekord-Einnahmen.

Die Antworten des Mittelstands sind eindeutig:

Zu den Plänen der Bundesregierung, respektive ihres Finanzminister Klingbeil den Mehrwertsteuersatzes von 19% auf 22% erhöhen zu wollen, lehnen 87% klar ab.

Die Mehrheit hält es nicht für akzeptabel, dass die Bundesregierung in ihrem Rentenreformpaket, Unternehmer in die Deutsche Rentenversicherung zwingen möchte. Ein Bremsklotz für Unternehmensgründungen. Genau das falsche Signal für die Wirtschaft! Eine Wirtschaft, die seit 7 Jahren stagniert.

Über Dreiviertel fordern, dass Beamte in die Rentenkasse einzahlen sollen bzw. die Anwartschaft genauso berechnet werden wie bei jedem anderen abhängig Beschäftigten.

86% des CSU Mittelstands lehnt die Pläne der Bundesregierung entschieden ab, den Sonderstatus für Minijobs weitgehend zu streichen, um Altersarmut vorzubeugen. Die Wirtschaft ist auf flexible Aushilfen angewiesen.

Dr. Robert Pfeffer
Bezirksvorsitzender

Ludwig-Erhard-Straße 9a
91052 Erlangen

T 09131 92 36 991
F 09131 92 35 749

mail@mu-mittelfranken.de
www.mu-mittelfranken.de

Nur 46% glauben, dass die geplante Einführung der Attestpflicht ab dem ersten Krankheitstag ein wirksames Instrument darstellt, um die Krankheitstage in Deutschland zu reduzieren. Die Mehrheit glaubt das nicht.

Deutlich mehr Unternehmer (66%) sähen den Vorteil von bis zu 3 Karenztagen (unbezahlte Tage am Anfang der Krankheit) wie in Frankreich und Italien, und würden befürworten, wenn Deutschland ebenfalls Karenztage einführt.

Die Forderung von 76% nach Senkung des Rundfunkbeitrags für die öffentlich rechtlichen Sender zeigt wie groß der dortige Reformbedarf sein muss.

63% des CSU Mittelstands sehen es wie ihre Kollegen der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU, die sogenannte „Brandmauer“ zu überdenken oder aufzuheben.

Weiter schreiben die Unternehmer der „großen Politik“ ins Stammbuch:

„Wirtschaftspolitik ist ein Desaster. Die teils sozialistische grüne Wirtschaftspolitik geht fast genau so weiter.“

„Es bedarf massiver Veränderungen in diesem Land. Deshalb muss auf allen Ebenen, bei allen Ansätzen auch Härte und Konsequenz dabei sein.“

Für 2026 wird eine Staatsquote von nun über 51% erwartet. Pfeffer fordert daher: **Jede politische Entscheidung muss sich daran messen lassen, ob sie zu einer Senkung der Staatsquote beiträgt!**

++++++

Ende PM

Dr. Robert Pfeffer
Bezirksvorsitzender

Ludwig-Erhard-Straße 9a
91052 Erlangen

T 09131 92 36 991
F 09131 92 35 749

mail@mu-mittelfranken.de
www.mu-mittelfranken.de